

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

S-E-C-R-E-T

25X1

REPORT

DATE DISTR.

86 SEP 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO.	RD
-----------------	----

REFERENCES

DATE OF INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

special issue of the official publication of the East German Ministries for Heavy and ~~General~~ Machine Construction, Verfügungen und Mitteilungen der Ministerien fuer Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau, dated 6 February 1957, which is devoted to the decree concerning the shorter work hours in the enterprises of the two ministries. The 45-hour work week was to go into effect on 1 March 1957.

25X1

52

~~S-E-C-R-E-T~~

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI	AEC						
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	-----	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")

Sanitized Copy Approved for Release 2010/04/12 : CIA-RDP80T00246A037500520001-8

Nur für den Dienstgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen

der Ministerien für Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau

1957

Berlin, den 6. Februar

Sonderdruck

A n o r d n u n g

zur Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben der Ministerien für Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau

Auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 19. Januar 1957 über die Verkürzung der Arbeitszeit (G. Bl. I, S. 73) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung und nach Abstimmung mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Metall folgendes angeordnet:

§ 1

Ab 1. März 1957 wird in sämtlichen den Ministerien für Schwermaschinenbau und für Allgemeinen Maschinenbau unterstehenden volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, einschließlich der Konstruktions- und Projektierungsbetriebe, die 45-Stunden-Woche eingeführt.

§ 2

(1) Durch die Einführung der 45-Stunden-Woche darf die Erfüllung der staatlichen Planaufgaben nicht beeinträchtigt werden. Um dies zu gewährleisten, sind in allen Betrieben Pläne der technisch-organisatorischen Maßnahmen auszuarbeiten und bis Ende März 1957 Ökonomische Konferenzen durchzuführen.

(2) Bei der Erarbeitung des Planes der technisch-organisatorischen Maßnahmen sind in der Vorbereitung der Betriebskollektivverträge als auch der Ökonomischen Konferenzen folgende Aufgaben besonders zu behandeln:

Verbesserung der Arbeitsorganisation,
Einführung rationeller Fertigungsverfahren,
ständige weitere Mechanisierung,
verstärkte Einführung von Neuerermethoden,
Erweiterung der Anwendung der Mehrmaschinenbedienung,
volle Ausnutzung des Arbeitstages,
Verringerung der Stillstands- und Wartezeiten.

Verringerung des Krankenstandes und der Betriebsunfälle durch vorbeugenden Gesundheits- und Unfallschutz,

Durchführung der gesellschaftlichen Arbeit außerhalb der Arbeitszeit, Einschränkung des gesellschaftlichen Aufwandes,

Verbesserung der Urlaubsplanung mit dem Ziel der annähernd gleichmäßigen Verteilung über das gesamte Planjahr.

(3) Der sozialistische Wettbewerb ist auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Erreichung einer kontinuierlichen Produktionsplanerfüllung zu orientieren.

(4) Die Werkleiter berichten gegebenenfalls bis 31. März 1957 dem Leiter ihrer Hauptverwaltung unter Darlegung der Gründe, an welchen Arbeitsplätzen die geplanten technisch-organisatorischen Maßnahmen innerhalb von 3 Monaten nicht voll wirksam werden können und unterbreiten gleichzeitig Vorschläge und Terminpläne für die Realisierung dieser Maßnahmen.

§ 3

(1) Die nach § 2 durchzuführenden Maßnahmen sollen gewährleisten, daß der Lohnfonds eingehalten und der Arbeitskräfteplan der Betriebe nicht überschritten wird. Für bestimmte Betriebsabteilungen zusätzlich notwendige Arbeitskräfte sind aus anderen Abteilungen des Betriebes freizustellen.

(2) Eine Überschreitung des Arbeitskräfteplanes der nicht zur Produktion gehörenden Abteilungen ist nicht gestattet.

(3) Sollte sich auf Grund der Eigenart der Produktion eine Überschreitung des Arbeitskräfteplanes des Betriebes als unbedingt notwendig erweisen, so bedarf dies der Zustimmung des Leiters der Hauptverwaltung nach Stellungnahme des Rates des Bezirkes.

§ 4

(1) Die in den Betrieben gebildeten Kommissionen zur Vorbereitung der 45-Stunden-Woche haben Maßnahmen zu treffen, die folgende Aufgaben lösen:

- a) Sicherung der Erfüllung des Produktionsplanes,
- b) Festlegung der betrieblichen Arbeitszeitregelung,
- c) Regelung des Berufsverkehrs (in Abstimmung mit den örtlichen Organen),
- d) Fragen der Entlohnung.

(2) Die Vorbereitung und Einführung der 45-Stunden-Woche hat in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen zu erfolgen.

§ 5

(1) Die Einführung der 45-Stunden-Woche hat unter Beibehaltung der 6-Tage-Woche bzw. in durchgehenden Betrieben der 7-Tage-Woche zu erfolgen und ist im Prinzip wie folgt durchzuführen:

- a) In ein- und zweischichtig arbeitenden Betrieben bzw. Abteilungen ist eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden vorzunehmen.
- b) Bei dreischichtig arbeitenden Betrieben bzw. Abteilungen entfällt in der Regel die erste bzw. sechste Nachtschicht, wobei die noch verbleibende notwendige Verkürzung am Sonnabend vorzunehmen ist.

(2) In Betrieben bzw. Abteilungen, in denen ein ununterbrochener Arbeitsfortgang notwendig ist, sowie beim Betriebsschutz und bei Pfortnern, sind durch unterschiedlichen Arbeitsbeginn und unterschiedliches Arbeitsende zwischen den einzelnen Schichten Überbrückungen zu schaffen. Sind solche Überbrückungen auf Grund der Verkehrsverhältnisse und der Eigenart der Produktion nicht möglich,

sind für die Zwischenzeit Springer einzusetzen. Ist auch das nicht möglich, hat der Werkleiter eine andere geeignete Sonderregelung zu treffen. In jedem Fall darf jedoch innerhalb von 3 Wochen die Gesamtarbeitszeit 135 Stunden nicht überschreiten.

(3) Andere Sonderregelungen bedürfen der Zustimmung des Hauptverwaltungsleiters und des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Metall.

(4) Die Festlegung der Arbeitszeit hat nach Abstimmung mit den örtlichen Verkehrsorganen so zu erfolgen, daß die 45-Stunden-Woche sich für alle Werktätigen als Verlängerung ihrer persönlichen Freizeit auswirkt.

(5) Alle Änderungen der Arbeitszeit müssen die Einhaltung des täglichen Stromkontingentes gewährleisten.

(6) Für Beschäftigte, welche heute schon nicht mehr als 45-Stunden je Woche arbeiten sowie für Halbtagskräfte, bleibt es bei der bisherigen Regelung.

§ 6

(1) Die Regelung der Lohnfragen, die sich aus der Einführung der 45-Stunden-Woche ergeben, erfolgt nach der vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung herausgegebenen Direktive (GBI. II/1957).

(2) Die Werkleiter sind verpflichtet, Maßnahmen durchzuführen, damit die Lohnausgleichszahlungen mit den Endlohnabrechnungen der jeweiligen Monate erfolgen können.

Berlin, den 6. Februar 1957

Ministerium für
Schwermaschinenbau
(A p e l)
Minister

Ministerium für
Allgemeinen Maschinenbau
W u n d e r l i c h
Minister